

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 213 September 2002



Ohren auf!

Inhalt

Kurzfristiges, auf Profit ausgerichtetes Denken	3
Gemeindeabstimmung vom 22. September Von Barbara Thalmann	
Drei Generationen – und das ist noch nicht alles!	4
Zum 100-Jahr-Jubiläum der SP Kanton Zürich Von Ruedi Vetterli	
Ein neues Rotes Kreuz oder eine SVP-Mogelpackung?	6
Zur eidg. Abstimmung vom 22. September Von Stefan Feldmann	
Chaos in der Stromversorgung? Nein danke!	7
Zur eidg. Abstimmung vom 22. September Von Yves Rütimann	
Ohren auf!	8
Unterschriftensammlung für ein Ja zum Musikunterricht an der Volksschule Von Fernand Schlumpf, Leiter der Musikschule Uster-Greifensee	
Ein verkehrsreicher Herbst	10
Dies und das aus Uster	
Gleichstellung – eine Selbstverständlichkeit	11
Kantonale Abstimmung vom 22. September Von Pascale Cramerli	
Veranstaltungskalender	12

Editorial



Es wird ein spannender Herbst. Und ein spannender Winter. Und ein spannender Frühling. Zumindest politisch. Im April nächstes Jahr sind Kantonsratswahlen, im Oktober dann Nationalratswahlen. Wahlkampfzeit also. Und in solchen Zeiten erhalten Abstimmungen ein besonderes Gewicht. Jedes Ergebnis wird von den Medien registriert, analysiert, gewichtet. Bedeutet die Niederlage der SVP bei der UNO-Abstimmung, dass ihr Vormarsch bei den Wahlen gestoppt wird? Ist die FDP bei der Solidaritäts-Stiftung einmal mehr gespalten, weiss nicht was sie will und wird deshalb nochmals verlieren? Und wenn sich die SP-Fraktion in Bern wiederum in den Haaren liegt, haben da ihre WählerInnen bei den nächsten Wahlen die Nasen voll?

Es ist ein beliebtes Medien-Spiel und man kann davon halten, was man will – entziehen kann man sich ihm nicht. Und deshalb ist das Gewinnen von Abstimmungen vor Wahlen so wichtig, weil solche Siege den Ton setzen, weil eine Partei durch Siege selbstbewusster auftreten, ihre AnhängerInnen besser mobilisieren kann, weil die WählerInnen das Gefühl haben: «Die bewegen was...»

Und die Abstimmungen, die vor uns liegen, die haben es in sich, haben sie doch einiges an Symbolgehalt zu bieten, gerade für die SP. Am 22. September geht es beim Elektrizitätsmarktgesetz darum, ob wir der neoliberalen Globalisierung – nach der gewonnenen Abstimmung über die EKZ-Privatisierung – endgültig den Riegel schieben können (Seite 7). Bei der Abstimmung über SVP-Goldinitiative bzw. Solidaritätsstiftung geht es darum, ob die Schweiz an den sozialen Problemen im In- und Ausland Anteil nimmt, ob sie helfen will, oder ob sie sich als verschlossenes und egoistisches Land präsentiert (Seite 6). Und bei der Abstimmung über die Registrierte Partnerschaft im Kanton Zürich wird sich zeigen, ob unsere Gesellschaft bereit ist, Minderheiten selbstverständlich zu akzeptieren und ihnen gleiche Rechte einzuräumen (Seite 11).

Und so geht es dann weiter, Schlag auf Schlag: Im November die Abstimmung über die Volksschulreform, die Integrationskurse für fremdsprachige MigrantInnen, das Referendum gegen die Abschaffung der Formularpflicht im Mietwesen, schliesslich die SP-Initiative zur steuerlichen Entlastung von geringen Einkommen. Gelingt es uns, diese Abstimmungen zu gewinnen, so hat die SP gute Chancen bei den Kantonsrats- und den Nationalratswahlen kräftig zuzulegen.

Darum: Gehen Sie stimmen!

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster
www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei
Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
9600
Auflage: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf
Abonnement: PC 80 – 13431 – 8
Redaktion: Dagmar Anderes, Margrit Enderlin,
Stefan Feldmann, Fredi Gut,
Rolf Murbach,
Layout: Fredi Gut
Vertrieb: Stefan Feldmann
Druck: Ropress Zürich
Titelbild: Schulhauskultur auf dem Pausenplatz
aus: MuV-INFO 29

Gemeinde-Abstimmung vom 22. September: Nein zum Landverkauf Hohfuren

Kurzfristiges, auf Profit ausgerichtetes Denken

Die Stadt Uster will in der Hohfuren rund 5000 Quadratmeter Land zum stolzen Preis von 720 Franken verkaufen. Ein Architekt aus dem Aargau will dort 24 Mietwohnungen im Auftrag einer Anlagestiftung von Pensionskassen der öffentlichen Hand realisieren. Das Geschäft wurde vom Gemeinderat verabschiedet, nun soll das Volk entscheiden. Die SP Uster lehnt die Vorlage ab, weil sie der Meinung ist, eine bessere Lösung sei gefragt.

Von Barbara Thalmann, SP-Gemeinderätin

Keine zehn Jahre ist es her, da herrschte in Uster Wohnungsnot. Eine Bleibe zu zahlbaren Bedingungen zu finden war praktisch unmöglich. Der politische Handlungsbedarf war unbestritten und über die Parteiengrenzen hinweg bestand ein Konsens, dass es Aufgabe der Stadt sein kann, für zahlbaren Wohnraum zu sorgen. Klar war auch aus ordnungspolitischen Gründen, dass Uster – im Gegensatz etwa zu Zürich – nicht selber als Bauherrin auftreten soll.

Angesagt war eine kluge und verantwortungsvolle Bodenpolitik. Dies bedeutete zum Beispiel die Abgabe vom Land im Baurecht zu günstigen Konditionen. Die SP Uster vertrat schon damals die Position, dass die Stadt eigenes Land nur im Baurecht abgeben sollte, Ausnahmen akzeptierte sie bei Bauland für Einfamilienhäuser. Uster hat einige Parzellen im Baurecht abgegeben, unter anderem auch an ihr Personal,

welches so unter günstigen Bedingungen Eigentumswohnungen realisieren konnte. Auch die Überbauung «Im Werk» entstand Ende der Neunzigerjahre auf kommunalem Baurechtsland, eine genossenschaftliche Siedlung, auf die Uster zu Recht stolz ist und die nicht unwesentlich zum Wakker-Preis beigetragen hat.

Es genügten offenbar einige wenige Jahre, in denen der Wohnungsmarkt spielte und alle bisherigen Erfahrungen gingen vergessen. Nämlich die Tatsache, dass nur in Ausnahmefällen der Markt zugunsten der Mieterinnen und Mieter spielt; dass wir meist nur die Zustände Wohnungsknappheit oder Wohnungsnot erleben. In Uster bewegen wir uns derzeit rasch von einer Verknappungssituation in Richtung Wohnungsnot.

Mietwohnungen zu zahlbaren Preisen sind heute nur mit Glück und Beziehungen zu finden. Die Lage hat sich in Kürze derart zugespitzt, dass sogar der «Anzeiger von Uster» dem Thema am 30. Juli eine ganze Seite widmete.

Risikoreiches Projekt

Uster boomt aufgrund der guten Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr, der Nähe zu Zürich und dessen Arbeitsplatzgebieten, vor allem auch wegen seiner schönen und attraktiven Lage. In den letzten Jahren wurden in rauen Mengen Wohnungen gebaut. Nur entstanden kaum neue Mietwohnungen, etwa 80 bis 90 Prozent der Neubauten sind und waren Eigentumswohnungen oder Einfamilienhäuser.

Der Trend zum Wohneigentum hat dazu geführt, dass in Uster die Baulandpreise, die auf dem Markt erzielt werden können, derart hoch sind, dass es nicht mehr möglich ist, zahlbare, geschweige denn preisgünstige Mietwohnungen von guter Qualität zu bauen. Der Preis, den die Pensionskassen der Stadt zu zahlen bereit sind, führt auf Kostenbasis gerechnet zu Mietkosten für eine 4-1/2-Zimmer-Wohnung von über 2500 Franken. Angesichts der Lage an der Sonnenbergstrasse, ist das Projekt recht risikoreich. Dafür besteht aber auch eine komfortable Ausstiegsklausel für den Käufer. Aber vielleicht können Pensionskassen halt anders rechnen, indem sie den Zinssatz auf PK-Geldern auf 3 Prozent senken...

Besser Lösung suchen!

Dass sich Usters Politiker und Politikerinnen im Gemeinderat gefreut haben, weil sie mit dem Verkauf einen happigen Batzen in die darrende Stadtkasse abführen könnten, mag verständlich sein. Nur ist es zu kurz gedacht: Uster braucht gerade heute Wohnraum für Normalbetuchte und für Personen, die speziell auf günstigen Wohnraum angewiesen sind. Zahlbar heisst auch heute noch eine neue 4-1/2-Zimmerwohnungen unter 2000 Franken im Monat.

Auch das Sozialamt Uster findet, wie im «Anzeiger» zu lesen war, keine Wohnungen für ihre Klienten. Dass nun ausgerechnet die Liegenschaftsverwaltung der Stadt im Rahmen einer Langfriststrategie «unnützen» Wohnraum verhökern will – sicher auch an die Meistbietenden – ist Zeugnis eines eindimensionalen, nur auf kurzfristigen Profit ausgerichteten Denkens, das nun offenbar auch in den Verwaltungen Einzug gehalten hat.

Aus all diesen Überlegungen lehnt die SP Uster deshalb die Vorlage ab. Die Stadt Uster soll verpflichtet werden, das Land im Baurecht an einen gemeinnützigen Bauträger abzugeben. Dieser soll im Gegenzug dazu verpflichtet werden, preisgünstige Wohnungen für Leute, die in Uster wohnen oder arbeiten, zu erstellen. Sicher würde dann kurzfristig etwas weniger Geld in die Stadtkasse fliessen. Aber die Einsparungen an Sozialkosten würden diese Mindereinnahmen wett machen. Wirtschaftlich wäre die Sache für Uster auch insofern interessant, als gemeinnützige Bauträger nach Möglichkeit mit lokalen Unternehmungen arbeiten und so Arbeitsplätze und Steuergelder in Uster bleiben.



Statt Bauland in der Hohfuren zu verkaufen, sollte die Stadt Uster dieses besser im Baurecht an gemeinnützige Bauträger abgeben, welche verpflichtet sind, bezahlbaren Wohnraum zu erstellen. So ist beispielweise in den 90er Jahren die Siedlung Im Werk entstanden.

Drei Generationen – und das ist noch nicht alles!

Die folgende Skizze ist das Resultat einer «Archiv-Probebohrung». Die Frage war, wie man über lange Zeit hinweg – auch in der täglichen Routine – linke Politik macht. Drei Generationen haben dafür unterschiedliche Lösungen gefunden.

Von Ruedi Vetterli

Klassenkampf und Krise

Die erste dieser Generationen tritt gegen Ende des Ersten Weltkrieges an, als sich die Klassenauseinandersetzungen verschärfen und die Arbeiterbewegung in der ganzen Schweiz einen grossen Aufschwung nimmt. Der Grütliverein, der in Uster lange Zeit die Funktion der Arbeiterpartei wahrgenommen hat, macht diese Linksbewegung nicht mit; so kommt es 1917 zur Gründung der SP Uster. Ihre Mitglieder sind mehrheitlich jung und überwiegend gelernte Arbeiter. Intellektuelle gibt es keine, ungelernete Arbeiter sind in der Minderzahl. Erstmals befinden sich unter den Mitgliedern eine grössere Anzahl Frauen. Die Zahl der Mitglieder steigt auf über 200, nimmt jedoch in den 1920er-Jahren wieder ab. Das politische Gewicht ist beträchtlich, bei der ersten Wahl für den Grossen Gemeinderat im Jahr 1928 erringt die SP 41 Pro-

zent der Stimmen. Zu einer Mehrheit reicht es allerdings nie.

Wohlorganisiert

Die zweite Generation formiert sich gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, ebenfalls in einer Krisen- und Aufbruchphase. Sie bestimmt das Leben der Sektion bis in die 1970er-Jahre. Auch hier dominieren die gelernten Arbeiter, die vor allem im SMUV gewerkschaftlich organisiert sind. Einzelne Lehrer vertreten jetzt die intellektuellen Berufe. Der erste richtige «Studierte» taucht jedoch erst in den 1950er-Jahren auf. Die Mitgliederzahl steigt in dieser Zeit wieder auf mehr als 200 und bleibt lange hoch. Die Zahl der Neueintritte sinkt jedoch und die Sektion überaltert stark. Der Wähleranteil liegt von den 40er- bis zu den 60er-Jahren bei gut 30 Prozent.

Rot und grün

Die dritte Welle schliesslich kommt in den 1970er-Jahren, nicht aus einer äusseren Krise heraus, sondern aus der kritischen Auseinandersetzung mit der Hochkonjunktur und ihren Folgen. Studenten spielen jetzt eine grössere Rolle. Klassische Arbeiter- und Angestelltenberufe verlieren an Bedeutung. Neben sozialen Themen stehen auf lokaler Ebene Verkehr und

Ökologie im Zentrum. Die Mitgliederzahl wächst nicht entsprechend dem Bevölkerungswachstum. Der Wähleranteil sinkt 1982 auf 15 Prozent, steigt seither jedoch stetig und erreicht 2002 wieder 34 Prozent.

Konstanten

Trotz der grossen Unterschiede in den Lebensumständen und Erfahrungen dieser Gruppen finden sich über die Zeit hinweg bemerkenswerte Konstanten: «Betreffs Rauchverbot stellt der Parteivorstand zur heutigen Parteiversammlung den Antrag, dass das Rauchen während den Parteiversammlungen verboten werden soll, da wegen dem starken Rauchen immer eine Anzahl Mitglieder die Versammlungen nicht besuchen oder an der Versammlung selbst reklamieren.» Dieses Zitat stammt nicht etwa aus dem Jahr 2002, sondern aus dem Jahr 1922. Der schwache Versammlungsbesuch, bzw. die Klage darüber, ist eine weitere Konstante. Auch das mangelnde Engagement der Mitglieder wird häufig beklagt: «Nun dem Vorstände hat man ja das Recht Vorwürfe zu machen & Kritik zu üben, wenn man aber die Genossen je für eine Hilfeleistung benötigt, da ist niemanden zu haben.» (1920) In der mittleren Generation sind solche Klagen allerdings selten. Der Versammlungsbesuch bleibt gut, 30 bis 50 Personen sind die Regel, bei wichtigen Versammlung können es auch 80 sein.

Lebenslust

Politik allein ist es nicht, was die Genossinnen und Genossen zusammenhält. Etwas Spass ist erlaubt: «Gen. Koch macht die Anregung, diesen Sommer das Kraftwerk Eglisau zu besuchen. Einhellige Zustimmung. Betreffend Bahn, oder Autofahrt erklärt sich die Mehrheit für letzteres.» Noch muss es nicht der öffentliche Verkehr sein (1926). Auch für die Frauengruppe stellt in den 1950er-Jahren der «Bummel» im Sommer den Höhepunkt des Veranstaltungsjahres dar, selbst wenn er nur bis Freudwil oder Greifensee führt. Selbst die 68er-Generation entwickelt eine Festkultur, von der Maifeier über das Forumfest bis zum grandiosen Maskenball.

Krisen

Nicht alles ist lustig. Die Entwicklung der Sektion kennt auch schwere Krisen, die sich in einer Abfolge von Parteispaltungen äussern. 1921 treten zahlreiche Mitglieder aus, um sich der neu gegründeten Kommunistischen Partei anzu-



Das politische Gewicht der SP war im industrialisierten Uster von Beginn weg beträchtlich: Arbeiterkundgebung in Uster zur Zeit des Ersten Weltkriegs.



Alte und neue Linke bei den Gemeinderatswahlen von 1978 noch vereint: Ein Jahr später kam es zur Abspaltung des alten gewerkschaftlichen Flügels.

schliessen. 1944 wird die Arbeiterschaft in Uster erneut gespalten, diesmal durch die Gründung der PdA, und 1979 spaltet sich der rechte, gewerkschaftlich orientierte Flügel der Partei ab. Die Folge ist jedesmal eine Schwächung der Arbeiterbewegung. Oft verunmöglichen Abgrenzungs- und Profilierungszwänge eine sinnvolle Zusammenarbeit auch dort, wo inhaltlich kaum Differenzen bestehen. Gemeinsam ist diesen Abspaltungen, dass sie letztlich erfolglos bleiben. Die PdA erreicht zwar 1946 immerhin 8 Prozent der Stimmen bei den Gemeinderatswahlen, die DSP 1982 sogar deren 10. Danach geht es jeweils rasch abwärts.

Jahrhunderttrend Individualisierung

In der ersten Generation bildet die Linke noch eine eigentliche Subkultur mit eigenen Vereinen

Der Beitrag von Ruedi Vetterli ist dem im Juni 2002 zum 100-Jahr-Jubiläum der SP Kanton Zürich erschienen Buch «Flintenweiber & rote Hunde» entnommen. Das Buch (120 Seiten) kann für 10 Franken auf dem Sekretariat der SP Kanton Zürich, Hallwylstrasse 29, Postfach, 8039 Zürich, Tel. 01 245 90 00 oder per Mail (spkanton@spzuerich.ch) bestellt werden.

und Bildungseinrichtungen, vom Sportverein und der Abstinenz-Vereinigung über die Bibliothek bis zur «soz. dem. Sonntagsschule». In der zweiten Generation verstärkt sich die Tendenz zur individuellen Lebens- und Freizeitgestaltung. Im letzten Drittel des Jahrhunderts ist politische Arbeit nur noch eine Möglichkeit unter vielen, die Freizeit und das Leben zu gestalten. Das höhere Bildungsniveau von Frauen und Männern, die Verkürzung der Arbeitszeiten und vor allem die steigenden Einkommen haben die individuellen Handlungsspielräume entscheidend erweitert. Informelle Netze der progressiven Kräfte bestehen zwar weiter, doch ungleich weniger verbindlich und wirkungsmächtig als früher.

Agitation

Verändert haben sich dadurch auch die Methoden der Werbung und Agitation. Bis über die Jahrhundertmitte hinaus werden die Beiträge durch ein Netz von «Einzüglern» bei den Mitgliedern zu Hause eingesammelt. Der Kontakt zu den Mitgliedern bleibt so auch erhalten, wenn diese die Versammlung nicht besuchen. Auch die Wahlwerbung und Unterschriftensammlungen erfolgen von Haus zu Haus. Demgegenüber setzt die SP seit den 1970er-Jahren werbemässig auf die eigene Zeitschrift «Forum», die regelmässig in alle Haushaltungen verteilt wird, und

neuerdings auf die eigene Website. Der Standard ist professioneller, die Distanz zum Zielpublikum aber ungleich grösser als früher.

Aufstieg der Frauen

Ein zweiter Jahrhunderttrend ist das zunehmende Gewicht der Frauen. Anfangs der 1920er-Jahre treten sie erstmals in grösserer Zahl auf, und zwar, soweit man das aus den Namen schliessen kann, nicht einfach als Anhängsel der Brüder und Ehemänner. Anna Baur wird 1921 Einzügerin und ist damit die erste weibliche Funktionärin ausserhalb der Frauengruppe. Als Votantinnen treten die Frauen allerdings nicht auf, das Reden wird noch ganz den Männern überlassen. Als 1921 elf Mitglieder zur KP übertreten, befinden sich darunter fünf Frauen. In den folgenden Jahren geht es mit der Frauen-Power wieder bergab. 1926 finden sich nur noch «33 Genossen» an der GV ein, unter den 85 Mitgliedern finden sich gerade noch 9 Frauen.

Im Aufbruch nach dem Zweiten Weltkrieg spielen Frauen keine aktive Rolle. 1949 sind es sogar die Männer, welche eine Frauengruppe gründen: «Jeder Genosse soll an dieser Versammlung mit seiner Frau oder Braut teilnehmen.» Die Frauengruppe kommt unter diesen Umständen über ein Mauerblümchen-Dasein nicht hinaus. Die Referate an den Versammlungen werden meist von Männern gehalten. Noch 1962 trauen sich die Frauen nicht, parteiintern an Abstimmungen teilzunehmen.

Dies ändert sich in der dritten Generation grundlegend. In den 1970er-Jahren wird erstmals eine Frau Präsidentin. Seit den 80er-Jahren übernehmen Frauen zunehmend politische Ämter im Gemeinderat und den Schulpflegen. Selbst die traditionell wichtigsten Funktionen der Stadt- und Kantonsrätin und der Bezirksrichterin werden erobert. Viele dieser Frauen erlebten ihre Politisierung in reinen Frauenorganisationen, beispielsweise in der INFRA (Informationsstelle für Frauen). In der Sektion setzen sie sich jedoch ohne separate Frauenstruktur durch.

Generation Vier

Und die nächste Generation? Sie ist schon da, und nicht zu knapp. Stärker als je seit den 30er-Jahren des letzten Jahrhunderts, selbstbewusst und undogmatisch, wird sie bei den Trends wie bei den Konstanten ihre eigenen Akzente setzen.

Eidg. Abstimmung vom 22. September: Ja zur Solidaritätsstiftung/Nein zur SVP-Goldinitiative

Ein neues Rotes Kreuz oder eine SVP-Mogelpackung?



Seit die Golddeckung des Schweizer Frankens vor vielen Jahren aufgehoben wurde, hat die Nationalbank zuviel Gold. Gold, das still und leise in den Kellern liegt. Jetzt soll

das Gold produktiver verwendet werden. Doch wie? Der Bundesrat – und mit ihm die SP – wollen das Geld gleichmässig der AHV, den Kantonen und der neuen Solidaritätsstiftung zu kommen lassen, die SVP hingegen nur der AHV. Eine Mogelpackung, denn davon profitieren nicht etwa die RentnerInnen...

Von Stefan Feldmann

Die Vorgeschichte der Abstimmung ist bekannt: Jahrzehntlang war das Nationalbankgold tabu. Dann am, im März 1997, überraschte Bundespräsident Arnold Koller die Welt und die Schweiz mit der Idee, einen Teil des Goldes zu verkaufen und mit dem Erlös eine Solidaritätsstiftung zu gründen. Die SVP heulte auf, sprach von Erpressung durch amerikanische Anwälte und lancierte eine Initiative, die den Verkaufserlös der AHV zufließen lassen will.

Der Vorschlag bezüglich Solidaritätsstiftung wurde seit der Lancierung mehrmals modifiziert. Nun soll nicht mehr der ganze Ertrag des Goldverkaufs in die Stiftung eingebracht werden: Ein Drittel des Erlöses soll den Kantonen – ihnen «gehört» die Nationalbank – zu kommen, ein Drittel soll in die AHV fließen und mit dem letzten Drittel die Solidaritätsstiftung gegründet werden.

Was will die Solidaritätsstiftung?

Diese Stiftung will Projekte im In- und Ausland unterstützen und dabei vor allem Projekte, die Jugendlichen helfen, in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit rücken. Denkbar sind etwa Ausbildungsprogramme für Jugendliche in auswanderungsbedrohten Bergregionen, Hilfe für junge Familien in Armut, Bekämpfung des Analphabetismus, Projekte zur Gewaltprävention, Ausbildungsprogramme für ehemalige Kindersoldaten oder der Aufbau von Schulen in armen Gemeinden in Asien. Die Stiftung finanziert diese Arbeiten aus den Zinsen ihres Stiftungskapitals, das Vermögen als solches wird nicht angetastet.

Die Solidaritätsstiftung verdient zweifellos eine überzeugende Unterstützung: Sie nicht etwa ein Zeichen der Schwäche, wie die SVP behauptet, sondern im Gegenteil. Sie ist ein Zeichen für eine starke Schweiz, die Armut und Elend im In- und Ausland nicht kalt lässt. Sie ist ein Zeichen für eine starke Schweiz, die sich getraut, 150 Jahre nach dem Internationalen Roten Kreuz wieder eine Institution ins Leben zu rufen, die sich im Namen der Schweizer Bevölkerung selbstbewusst und selbstlos engagiert. Eine Institution, auf die wir alle stolz sein können.

SVP spielt falsches Spiel...

Gegen die Solidaritätsstiftung ficht vor allem die SVP. Noch immer verbreitet sie die Mär, dass diese Stiftung von amerikanischen Anwälten während der grossen Holocaust-Debatte erpresst worden sei. Dabei ist die Solidaritätsstiftung klar ein zukunftsorientiertes Werk und hat etwa mit der Entschädigung von Holocaust-Opfern überhaupt nichts zu tun.

Die SVP möchte den gesamten Erlös aus dem Goldverkauf der AHV zu kommen lassen. Auf den ersten Blick eine lobenswerte Idee. Aber wie so oft bei der SVP entpuppt sich auch dies als falsches Spiel. Das Geld soll nicht etwa für eine Erhöhung der Renten verwendet werden. Stattdessen soll verhindert werden, dass der Bund weitere Mehrwertsteuer-Prozente für die AHV erhebt. Somit profitieren nicht etwa die RentnerInnen, sondern – wiederum – in erster Linie die Reichen, die so weniger Steuern zahlen müssten.

...und verschleudert das Gold

Schlimmer noch: Die SVP verschleudert mit ihrer Idee das Gold. Denn im Gegensatz zur Solidaritätsstiftung – die wie erwähnt nicht vom Gold selber, sondern von den Zinsen «lebt», wird bei der SVP-Goldinitiative das Gold «verbraucht»: Im Jahre 2013 wäre der Ertrag aus dem Verkauf vollständig aufgebraucht, länger reicht das Gold nicht. Dann muss der Bund die Steuern doch anheben oder die Leistungen kürzen. Der Vorwurf der SVP bezüglich Verschleuderung des Volksvermögen stösst bei der Solidaritätsstiftung ins Leere, ganz im Gegensatz zur AHV-Goldinitiative.

Das Fazit ist klar: Ein überzeugtes Ja zur Solidaritätsstiftung und ein klares Nein zur SVP-Mogelpackung.

Parolen der SP

Bund

Nein zur SVP-Goldinitiative

Ja zum Gegenvorschlag des Bundesrates (Solidaritätsstiftung)

Weil die SVP mal wieder eine Mogelpackung präsentiert und die Solidaritätsstiftung ein Werk vergleichbar mit dem Roten Kreuz werden wird (Nicht vergessen: Bei der Stichfrage unbedingt der Solidaritätsstiftung den Vorzug geben).

Nein zum Elektrizitätsmarktgesetz

Weil dieses vor allem die Grossverbraucher bevorzugt und den Strom für die Kleinen teurer macht.

Kanton

Ja zum Gesetz über die Registrierung gleichgeschlechtlicher Paare

Weil die Gleichberechtigung Homosexueller eine Selbstverständlichkeit ist.

Nein zur Volksinitiative «Für eine geringere Besteuerung der SeniorInnen»

Weil sich die Besteuerung nicht nach dem Alter richten soll, sondern nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen: Es gibt auch reiche Alte und arme Junge...

Gemeinde

Nein zum Landverkauf Hofhurren

Weil dort mit dem vorliegenden Projekt kein günstiger Wohnraum entsteht, Uster aber gerade heute mehr Wohnraum für Normalbeachtete und Leute, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind, braucht. Eine bessere Lösung ist gefragt.

Eidg. Abstimmung vom 22. September: Nein zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)

Chaos in der Stromversorgung? Nein danke!

Mit dem Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) wollen Bundesrat und Parlament nach Post und Telekommunikation einen weiteren Bereich des Service public deregulieren und dem Markt aussetzen. Hauptziele dieses neuen Streiches: Strom vor allem für Grossverbraucher aus der Industrie billiger machen. Und die Versorgungsmonopole der öffentlichen Hand brechen, obwohl sie bis heute bestens funktioniert haben.

Von Yves Rütimann

Wie die geplante Deregulierung in ein Stromchaos führen kann, zeigt die Riesenpleite von Enron in den USA. Dort brachten Marktgesetze in der Stromversorgung vor allem Spekulation, Preisexplosionen und Abbau der Versorgungssicherheit mit sich. Aber auch in der Schweiz müssten wir uns in Zukunft durch einen Tarifdschungel kämpfen und uns für einen Stromanbieter entscheiden, ohne davon einen Nutzen zu haben: Alle Erfahrungen in liberalisierten Märkten beweisen, dass gerade für Haushalte und kleine Betriebe zwei bis drei Jahre nach Einführung von Marktgesetzen der Strom teurer wird. Der Markt bringt uns also nur höhere, unsichere Preise und einen schlechteren Service. Sollen wir dafür das bewährte, unserem Land angemessene System opfern?

Profitgierige Stromkonzerne

Der Markt kann die Versorgungssicherheit mit Strom nicht gewährleisten. Denn für eine sichere Versorgung mit Elektrizität braucht es in der Produktion und im Verteilnetz jederzeit Reserven. Da diese in einem offenen Strommarkt als ineffizient gelten, würden Produktionsanlagen abgeschaltet, Personal entlassen, der Unterhalt des Netzes und die Sicherheit der Anlagen, auch bei Atomkraftwerken, vernachlässigt. So kämen Unternehmen zu vielen Vorteilen – zu Lasten der Konsumentinnen und Konsumenten sowie der Angestellten in der Strombranche.

Das EMG würde in der Schweizer Elektrizitätswirtschaft 6'000 Arbeitsplätze kosten. Die Folgen eines massiven Stellenabbaus waren im Winter 2001 in Schweden zu beobachten. Dort führten starke Schneefälle zum Zusammenbruch der Netze. Ganze Regionen versanken im Dunkel des arktischen Winters, weil überall Leute für die Reparaturen fehlten.



Im Vergleich mit Ländern, die ihre Stromversorgung der Profitgier grosser Stromkonzerne ausgesetzt haben, kennt die Schweiz nur selten und meist lokal begrenzte Stromausfälle. In Kalifornien hingegen verursachten Marktmanipulationen zwischen Mai 2000 und Mai 2001 sieben grossflächige Stromunterbrüche. Seither musste der Staat Kalifornien 50 Milliarden Dollar Steuergelder ausgeben, um die Lage zu stabilisieren und wieder eine sichere Stromversorgung zu garantieren.

Preise steigen

Die Öffnung des Strommarkts führt zu Privatisierungen: Kleine Elektrizitätswerke in Gemeindebesitz werden von grossen Konzernen gefressen, die Kontrolle durch die öffentliche Hand mittelfristig abgeschafft und die heutigen Versorgungsmonopole durch die Marktmacht weniger ausländischer Atom- und Kohlestromgiganten abgelöst. Kleinkunden wie Haushalte und KMUs werden die Zeche bezahlen und fürs Stromsparen bestraft, Grosskunden dagegen mit Sonderrabatten geködert.

Die Entwicklung verläuft in allen liberalisierten Märkten gleich. Nach anfänglichen Preissenkungen ziehen die Tarife stark an, in Finnland letztes Jahr um 25 Prozent, in Schweden um 20 Prozent, in Grossbritannien um 9,3 Prozent und in Deutschland um 8,6 Prozent.

Alternativen sind vorhanden

Die Befürworter des EMG behaupten immer und immer wieder, die Liberalisierung komme so oder so, auch wenn das EMG abgelehnt würde. Hat denn das Volk in unserem Land nicht mehr das letzte Wort? Doch: Mit einem Nein am 22. September können wir die Liberalisierung der Stromversorgung stoppen.

Wir wollen kein EMG, das den Einfluss der öffentlichen Hand untergräbt und die Stromversorgung privaten Stromkonzernen zutreibt. Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse mit Stromgiganten wie Enron, die mit wildem Spekulantentum Milliardenwerte vernichten.

Wir wollen ein Elektrizitätsversorgungsgesetz, das eine sichere, günstige, ökologische und effiziente Stromversorgung für alle Einwohnerinnen und Einwohner gewährleistet, als Service public. Die Netze und die grossen Kraftwerke gehören in den Besitz der Öffentlichkeit. Alle Stromverteiler sollen verpflichtet werden, einen Anteil an neuen erneuerbaren Energien zu erschwinglichen Preisen anzubieten. Und Stromsparen muss mit einem klugen Tarifsystem belohnt werden.

Unterschriftensammlung für ein Ja zum Musikunterricht an der Volksschule

Musikunterricht darf nicht unter die Räder kommen



Unter dem Titel «Ohren auf!» ist im Kanton Zürich eine Petition gestartet worden deren Ziel es ist, durch Zusammenarbeit mit Fachlehrkräften der Musikschulen die Förderung des Musikunterrichtes an den Volksschulen voranzutreiben. Wie aktuell diese Forderung ist, die vom MusiklehrerInnenverband des Kantons Zürich, dem Schweizerischen Musikpädagogischen Verband, dem Verband Zürcher Musikschulen, der HMT Hochschule für Musik und Theater, dem Forum für musikalische Bildung Winterthur, dem vpod Lehrberufe und der VEZ Vereinigung der Elternorganisationen des Kantons Zürich getragen wird, zeigt das Beispiel der Musikschule Uster.

Von Ferndand Schlumpf
Leiter Musikschule Uster-Greifensee

Die beiden Primarschulpflegen Uster und Greifensee arbeiten in Sachen Musikunterricht mit der Musikschule Uster Greifensee zusammen. Mit der Primarschulpflege Greifensee besteht dabei schon seit geraumer Zeit eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit bezüglich Musikgrundschule. Die Kinder der Gemeinde Greifensee kommen dank dieser Zusammenarbeit in den Genuss einer Wochenstunde Musikgrundschule, die fix im Stundenplan des Blockzeitenunterrichts der 1. Klasse integriert ist. Dieser Unterricht wird von speziell ausgebildeten Fachlehrerinnen der Musikschule Uster Greifensee mit grossem Erfolg durchgeführt. Aufgrund dieses Erfolges konnte zwischenzeitlich der Unterricht auch auf die 2. Klassen ausgebaut werden, mit einem speziell durch die Musikschule massgeschneiderten Programm. Wiederum sind es FachlehrerInnen der Musikschule, die diesen Unterricht erteilen. Ab neuem Schuljahr wird sogar ein Versuch mit einer Musizierklasse (4. Klasse) mit Blasinstrumenten gestartet, auch hier geführt durch einen Fachlehrer der Musikschule.

In Uster nach Versuch eingestellt.

Anders die Situation in Uster: Hier blieb es

bekanntlich bei einem einjährigen Versuch in drei Schulhäusern mit 1. Klassen und dann letztes Jahr beim voll abgedeckten Versuch mit allen 1. Klassen. Lehrerinnen der Musikschule mit langjähriger Erfahrung reisten von Schulhaus zu Schulhaus und führten in Halbklassen die fest im Stundenplan verankerten Lektionen durch. Alle Raumprobleme konnten gelöst werden, Material durfte bestellt und die Zusammenarbeit mit den Volksschullehrerinnen angepackt werden. Die Zusammenarbeit funktionierte zu Aller Zufriedenheit.

Das aus dem Versuch kein Definitivum wurde ist den Finanzen zuzuschreiben. Die Primarschule Uster ist bezüglich der Anzahl SchülerInnen ein «Grossunternehmen»: Verteilt auf zehn Schulhäuser mussten Termine koordiniert, Räume reserviert und Material bereit gestellt werden. Die Kosten überstiegen 100'000 Franken, weshalb eine Vorlage an den Gemeinderat nötig ist, die den Finanzbedarf auf längere Sicht sicherstellt. Es ist zu hoffen, dass eine solche Vorlage auf die nächste Budgetsitzung hin zustande kommt.

Positive Auswirkungen des Musikunterrichts

Spielen, Gestalten und Musizieren machen lernfähig und erfinderisch, das zeigen diverse Studien. Leider aber ist die Lage für den Musikunterricht an den Volksschulen alles andere als gut, besonders auf der Mittelstufe. Hier findet häufig nicht einmal mehr der Musikunterricht bzw. das Singen statt. Später auf der Sekundarstufe lässt sich mit zumeist nur einer einzigen Stunde Musik pro Woche (eine Ausgangslage, welche im Kanton Zürich in keinem anderen Fach anzutreffen ist!) kaum mehr etwas bewirken.

Die Musikschulen pflegen ihre Nischen und haben keinen Auftrag oder kein Geld, eine flächendeckende Musikbildung aufzubauen. Die Volksschule ihrerseits sieht ihren Auftrag vor allem im Bereich der Kernfächer und die Volksschulreform hält die zuständigen Behörden in ständigem Atem. Durch eine vermehrte Zusammenarbeit mit Fachlehrkräften und den Musikschulen sowie ein auf die Bedürfnisse eines Schulhauses abgestimmtes Bildungskonzept für die



Musik könnte aber die Situation entschärft werden, zum Nutzen der Kinder.

Stellenwert der Musikerziehung sichtbar machen

Wissenschaftliche Langzeituntersuchungen in Deutschland und in der Schweiz haben gezeigt und belegen auch die positiven Auswirkungen des Musikunterrichtes auf die Schule und die Leistungen der Kinder. Es ist zu hoffen, dass in Zukunft auch von der politischen Seite die Verantwortung für eine ganzheitliche Bildung vermehrt wahrgenommen wird. Heute ist jedoch für die Musikbildung politisch offenbar niemand mehr zuständig (für den Sport gibt es im Zürcher Kantonsrat immerhin eine eigene Interessengruppe...). Zum guten Glück sind die Ergebnisse dieser Langzeituntersuchungen im Jahre 2000 auf breiter Form in den Fachblättern bekannt geworden. Gerade richtig um in der jetzigen Volksschulreform auf dieses wichtige Thema eingehen zu können...

Mit der Unterschriftensammlung möchte «Ohren auf!» den guten Stellenwert der Musikerziehung in der Öffentlichkeit sichtbar machen. Deshalb unterschreiben Sie mit Ihrer Familie den Unterschriftenbogen. Weitere Exemplare können Sie jederzeit im Büro der Musikschule Uster bestellen (Tel. 01 940 78 00). Helfen Sie mit, dass die Petition, die im November eingereicht werden soll, ein Erfolg wird.

Am Sonntag, 29. September findet im Musik Container Uster ein ganztägiger Anlass zur Petition statt, mit Podiumsgespräch, vielen Beispielen von Schulmusik-Projekten, Verpflegungsmöglichkeiten und einem Überraschungsgast.

PETITION FÜR DIE GEWÄHRLEISTUNG UND ERWEITERUNG DES MUSIKUNTERRICHTS

Frühenglisch und Computer werden an der Volksschule gefördert. Der Musikunterricht und die im Fach Musik dringend nötigen Entwicklungen laufen auf Sparflamme. Kinder und Jugendliche, die keinen Musikunterricht ausserhalb der Schule besuchen, sind häufig von der Musikerziehung ausgeschlossen. Durch eine Zusammenarbeit von Fachlehrkräften der Musik- und der Volksschule werden vorhandene Synergien besser genutzt.

Der gesetzliche Bildungsauftrag soll auch im Fach Musik erfüllt werden. Die Reformen der Volksschule bieten dafür neue Möglichkeiten. Ein Beratungs- und Kompetenzzentrum

- schafft die Verbindung zwischen individuellem Musikunterricht und Schulalltag
- unterstützt die Ausarbeitung von Ausbildungskonzepten an Schulen
- fördert das Interesse der Lehrerschaft an der Musik in der Schule
- begleitet die Aus- und Weiterbildung aller Lehrpersonen für Musik
- informiert über den aktuellen Stand der Musikbildung

Der Musikunterricht fördert erwiesenermassen die schulischen Leistungen und die soziale Kompetenz der Kinder und Jugendlichen. Die Volksschule hat heute vielfältige Aufgaben wahr zu nehmen. Unter diesem Druck werden bereits an der Primarschule die vorgesehenen Musiklektionen anderweitig eingesetzt. Auch auf der Oberstufe steht der Musik meist nur noch eine Lektion zur Verfügung. Eine Ausgangslage, welche im Kanton Zürich in keinem anderen Fach anzutreffen ist. Musikerziehung gehört zur Schule und Bildung von morgen deshalb:

Die Petition kann von allen unterzeichnet werden, auch von nicht stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürgern

Name Vorname (handschriftlich und leserlich)	Geburtsdatum	Strasse, Hausnummer	PLZ
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

Das Patronatskomitee: Ueli Annen, Kantonsrat; Georges A. Braunschweig, Pfarrer an der Stadtkirche Winterthur; Josef Estermann, a. Stadtpräsident Zürich; Daniel Fueter, Direktor Musikhochschule Winterthur Zürich; Susanne Gilg, Präsidentin Verband Zürcher Musikschulen; Roger Girod, Musiker; Howard Griffiths, Dirigent Zürcher Kammerorchester; Martha Gmünder, Präsidentin Schweizerischer Musikpädagogischer Verband (ZH); Maja Ingold, Stadträtin Winterthur; Pearl Pedergnana, Stadträtin Winterthur; Karl Scheuber, Chorleiter und Abteilungsleiter Schul- und Kirchenmusik an der Musikhochschule Winterthur Zürich; Huldreich Schildknecht, Sozialpädagoge/Ausbildner; Sibylle Schuppli, Präsidentin Musiklehrer/innenverband Kanton Zürich; Vera Kaa, Sangerin; Martin Vollenwyder, Stadtrat Zürich; Monika Weber, Stadträtin Zürich; Rolf Wolfensberger, Präsident Vereinigung der Elternorganisationen des Kantons Zürich, Architekt.

Einsendeschluss: Unterschriftenbogen (ganz oder teilweise ausgefüllt) umgehend, spätestens bis 25. November 2002, an: Sekretariat Ohren auf! Christine Fueter-Suter, Letzistrasse 35, 8006 Zürich schicken.

Weitere Unterschriftenbogen können Sie beziehen unter: Tel.: 043 366 80 24, Fax: 043 366 80 26, ohrenauf@bluewin.ch auf der Websites: www.muv.ch und www.smpv.ch/zuerich

Ohren auf! wird getragen von: ■ Forum für musikalische Bildung Winterthur ■ HMT Hochschule für Musik und Theater ■ MuV Musiklehrer/innenverband des Kantons Zürich ■ SMPV Schweizerischer Musikpädagogischer Verband ■ VZM Verband Zürcher Musikschulen ■ VEZ Vereinigung der Elternorganisationen des Kantons Zürich ■ vpod Lehrberufe

 Ohren auf!

Dies und das

Ein verkehrsreicher Herbst

Tempo 30/Tempo 40

Das Thema Tempo 30 bzw. Tempo 40 beschäftigt die Ustermer Politik auch weiterhin: In der letzten Gemeinderatssitzung vor den Sommerferien wies die bürgerliche Ratsmehrheit eine Vorlage zur definitiven Einführung von Tempo 40 auf der Wermatswilerstrasse an den Stadtrat zurück. Wenn überhaupt, dann müsse es billiger gehen, meinten die bürgerlichen BremserInnen, und dies unbeschrieben der Tatsache, dass der Stadtrat klar machte, dass die vorgeschlagenen baulichen Massnahmen so ziemlich das Minimum dessen sind, was der Kanton für die Einführung einer reduzierten Höchstgeschwindigkeit verlangt. Die Folge dieses Gemeinderats-Entscheids: An der Wermatswilerstrasse gilt ab sofort und bis auf weiteres wieder Tempo 50!

Dass die bürgerliche Seite nicht ehrlich ficht, zeigt unter anderem das von Seiten der SVP vorgebrachte Argument, eine Signalisation von Tempo 30 reiche vollkommen aus, bauliche Massnahmen seien nicht nötig. An der Bankstrasse – wo bislang als einzigem Ort in der Stadt Uster Tempo 30 gilt – funktioniere es so ja auch. Die betreffenden Gemeinderatsmitglieder sollten sich vielleicht einmal um einen Blick in die Verordnung des Bundes für Tempo 30-Zonen bemühen. Dort heisst es klipp und klar, dass bauliche Massnahmen überall dort zwingend vorzunehmen sind, wo ohne solche Massnahmen die Einhaltung der Höchstgeschwindigkeit nicht garantiert werden kann. Mit anderen Worten: Wo die Strasse breit und übersichtlich ist – wie an der Wermatswilerstrasse – müssen bauliche Massnahmen getroffen werden, ein blosses Signalisation ist nicht genügend. Und wie gut es ja an der Bankstrasse mit der Einhaltung von Tempo 30 funktioniert, haben die letzten Zahlen der Stadtpolizei von Anfang Jahr gezeigt: Jeder dritte Automobilist, jede dritte Automobilistin fährt in der «freundlichen Zone» zu schnell! Ob sich daran im letzten halben Jahr etwas geändert hat, wird die Antwort des Stadtrates auf eine entsprechende Anfrage von SP-Gemeinderat Stefan Feldmann zeigen. Im übrigen scheint der Druck für Tempo 30 seitens diverser Quartiere und der SP-Gemeinderatsfraktion erste Wirkungen zu zeigen: Wie aus dem Stadthaus zu hören ist, soll in naher Zukunft ein «Runder Tisch» stattfinden, an welchem ein Konsens betreffend der Einführung von Tempo 30 in den Ustermer Quartieren gesucht werden soll...

Brunnenstrasse

Der Stadtrat hält an der Sperrung des Bahnübergangs Brunnenstrasse für den Schwerverkehr fest. Dies schreibt er im Ergänzungsbericht zu einem Postulat von SP-Gemeinderätin Barbara Thalmann. Die nochmalige Abklärungen mit der Kantonspolizei haben ergeben, dass einer Umleitung des Schwerverkehrs über die Autobahn zur Ausfahrt Uster West bzw. über die Oberlandstrasse in die Winterthurerstrasse keine Hindernisse im Weg stehen. Bauliche Massnahmen sind nicht nötig, neue Unfallschwerpunkte werden nicht geschaffen, da der Strassenraum auf der neuen Route um einiges grosszügiger ist, als auf der Brunnenstrasse. Ob der Bericht im Gemeinderat Gnade findet, wird sich allerdings erst noch weisen müssen: Die bürgerliche Ratsmehrheit hatte einen fast gleichlautenden ersten Bericht des Stadtrates noch abgelehnt. Das Postulat war als Folge des tödlichen Verkehrsunfalls von Anfang September 2000 eingereicht worden, bei welchem ein siebenjähriges Mädchen von einem Lastwagen überrollt worden ist und an den Verletzungen starb.

Fluglärm

Der Nationalrat hat in der Sommersession den Staatsvertrag mit Deutschland bezüglich An- und Abflüge auf den Flughafen Kloten abgelehnt. Bei einem definitiven Scheitern des Staatsvertrages wird Deutschland wie angekündigt einseitige Massnahmen verordnen – etwa ein Flugverbot an Wochenenden über deutschem Gebiet, die An- und Abflüge hätten dann aus einer anderen Himmelsrichtung zu erfolgen. SP-Gemeinderätin Barbara Thalmann will deshalb in einer Anfrage vom Stadtrat wissen, wie er sich in dieser Situation zu verhalten gedenkt. Insbesondere wie er sich zur bereits von Flughafen-Verantwortlichen geäusserten Forderung nach einer Einführung von neuen An- und Abflugrouten via Notrecht – dadurch wären keine Einsparungen mehr möglich – stellt.

Wohnungsmarkt

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Monaten in Uster dramatisch verschärft. Das enorme Wachstum der Stadt ist vor allem auf den Bau von Eigentumswohnungen zurückzuführen, günstigen Wohnraum ist in

Uster nur noch schwer zu finden, die Zahl der leeren Wohnungen tendiert gegen null. SP-Gemeinderat Reto Dettli will vom Stadtrat nun mehr Informationen dazu. In einer Interpellation bittet er den Stadtrat um eine Einschätzung der aktuellen Lage und mit einem Postulat verlangt er vom Stadtrat Bericht darüber, wie sich die Stadt Uster in dieser Situation als Landbesitzerin verhalten will. Vorstellbar wäre etwa, dass die Stadt wieder vermehrt eigenes Land im Bau-recht für genossenschaftlichen Wohnungsbau abgibt. Ein Modell, welches sich in Uster in der Vergangenheit bewährt hat (z.B. Siedlung Im Werk).

Fleissig besuchte Homepage

Der Homepage der SP Uster (www.sp-uster.ch) ist seit den Wahlen ein anhaltender Erfolg beschieden. Die Zugriffszahlen sind Anfang Jahr im Vorfeld der Gemeindewahlen deutlich in die Höhe geklettert und halten sich seither auf konstant hohem Niveau: Monatlich werden rund 1000 Zugriffe registriert. Auch bietet die SP-Homepage einen Newsletter an, mit welchem die AbonnentInnen bequem und direkt über Neuigkeiten aus der Ustermer Politik informiert werden. Wer auf dem laufenden sein will, muss den SP-Newsletter einfach abonnieren haben!

Holz wurm

Der Vorstand des Holzwurms ist mit der Bitte ans FORUM gelangt, in der nächsten Ausgabe doch klarzustellen, dass auf dem Gelände des Holzwurms kein Alkohol getrunken wird. Dieser Eindruck entstehe, so die Holzwurm-Präsidentin Susanne Wirz, durch die Kombination von Bild und Text auf dem letzten FORUM-Titelblatt. Zu sehen ist die Drachen-Passerelle, welche vom Holzwurm in Serafinas Garten führt, sowie ein Zitat – «Wein saufen und einen grossen Latz haben» – aus dem Text-Beitrag von Markus Meyle, dem Inhaber von Serafinas Garten, welcher die abgebildete Passerelle geschaffen hat. Diese Verknüpfung eines Werkes und eines Zitats von Markus Meyle lag der Titelblatt-Gestaltung zu Grunde. Es bestand nie die Absicht, den Kinderspielplatz Holzwurm in die Nähe eines alkoholausschenkenden Restaurationsbetriebes zu rücken. Sollte dieser Eindruck entstanden sein, so bedauert dies die FORUM-Redaktion.

Kantonale Abstimmung vom 22. September: Ja zur Registrierten Partnerschaft

Gleichstellung – eine Selbstverständlichkeit

Homosexualität ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts gesellschaftlich weitgehend akzeptiert. Trotz dieser Akzeptanz sind gleichgeschlechtliche Paare in der Schweiz aber immer noch gesetzlichen Diskriminierungen ausgesetzt. Ihre Beziehung ist juristisch nicht anerkannt, was zu weitreichenden Problemen im Alltag, aber auch bei den Sozialversicherungen, im Erbrecht oder im Steuerrecht führt. Die Beseitigung dieser Diskriminierung ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Am 22. September besteht dazu Gelegenheit.

Von Pascale Crameri

Martin G. und Jochen P. sind ein Paar schon seit Jahren. Sie leben zusammen, fahren gemeinsam in den Urlaub, sie teilen sich die Freuden und Leiden des Alltags – Martin und Jochen führen eine Ehe, wie dies andere Paare auch tun. Gegenüber dem Paar, welches sich aus Mann und Frau zusammensetzt, sind Martin und Jochen aber stark benachteiligt, denn sie können ihre Ehe nicht zivilrechtlich anerkennen lassen. Und das hat Konsequenzen: Wenn Martin krank wird, kann Jochen ihn nicht einfach jederzeit im Spital besuchen, erhält vom Arzt keine Auskunft über den Gesundheitszustand seines Lebenspartners, denn Jochen gilt nicht als Familienangehöriger. Oder wenn Martin sterben sollte, dann erbt Jochen nichts, und wenn doch, dann muss er, im Gegensatz zum überlebenden Teil einer «normalen» Ehe, Erbschaftssteuern zahlen. Solche und andere stossenden Benachteiligungen werden durch das neue Gesetz beseitigt.

Nicht nur Recht, auch Pflichten

Das vom Kantonsrat mit grosser Mehrheit verabschiedete Gesetz – welches auf eine Parlamentarische Initiative zweier SP-Kantonsrätinnen zurückgeht – sieht vor, dass sich Personen, die in einer dauernden Lebenspartnerschaft, in einem gemeinsamen Haushalt leben, auf dem Zivilstandesamt in ein entsprechendes Register eintragen lassen können. Sie verpflichten sich damit, sich gegenseitig Beistand und Hilfe zu leisten. Durch diese Registrierung werden gleichgeschlechtlicher Paare bezüglich Steuern, Erbschafts- und Schenkungssteuern sowie Sozialhilfe Ehepaaren gleichgestellt. Und das be-

deutet, dass die Registrierung der Partnerschaft dem gleichgeschlechtlichen Paar nicht nur Rechte, sondern – wie bei Ehepaaren – auch Pflichten bringt: So sind die beiden PartnerInnen künftig gegenseitig unterstützungspflichtig. Bei den Steuern werden die beiden PartnerInnen künftig gemeinsam veranlagt, was in der Regel zu höheren Steuern führt. Hingegen werden sie wie Ehegatten von der Erbschafts- und Schenkungssteuer befreit.

Stärkung des Familiengedankens

Das Gesetz über die Registrierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften bringt für homosexuelle Menschen nicht nur ein grösseres Mass an Rechtssicherheit, auch der Staat profitiert: Das Partnerschaftsgesetz verpflichtet gleichgeschlechtliche Paare zur gegenseitigen Unterstützung und Fürsorge. Damit wird der Staat in seiner Fürsorgepflicht entlastet. Das Gesetz schafft somit auch Respekt für Paare, die

Verantwortung für einander übernehmen wollen, unabhängig ihrer sexuellen Orientierung. Und dieser Respekt bedeutet im Endeffekt nichts anderes, als dass die Registrierung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften auch den Familiengedanken stärkt, denn das Gesetz ermöglicht es homosexuellen Menschen, im Sinne familiärer Solidarität gegenseitig Verantwortung zu übernehmen.

Abstimmung mit Signalwirkung

Der Entscheid im Kanton Zürich hat für die ganze Schweiz Signalwirkung: Der Bundesrat hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement damit beauftragt, eine Vorlage für ein eidgenössisches Gesetz über eine registrierte Partnerschaft auszuarbeiten. Wenn am 22. September das Zürcher Volk Ja sagt zum Partnerschaftsgesetz, dann wäre dies ein starkes Signal nach Bern.



*Wir gehören zusammen: JA zum Partnerschaftsgesetz
Aus einem Prospekt des Überparteilichen Komitees JA zum Partnerschaftsgesetz
www.partnerschaft-ja.ch*

Veranstaltungskalender

08.09. Kino – Film von Pedro Almodovar

MUJERES AL BORDE DE UN ATAQUE DE NERVIOS

Pedro Almodovar SP 1987, Sp d/f

18.30 / 21 h

Kino qtopia



FORUM-TIP

Pepa und Iván sind Synchronsprecher. Im Zuge seines Berufes hat Iván den schönsten Frauen des Kinos und des Fernsehens seine Liebe erklärt. Das Problem dabei ist aber, dass diese nicht die Einzigen waren. Eines Tages beendet Fiesling Iván die Beziehung Pepa mit einer lapidaren Nachricht auf dem Anrufbeantworter: Sie soll seine Sachen packen und bei der Concierge hinterlegen. Pepa erleidet einen Nervenzusammenbruch, doch in ihrer Wohnung findet sie keine Ruhe: Ihre Freundin Candela ist auf der Flucht vor der Polizei, Iváns irre Ex-Frau fuchtelte mit einer Pistole herum, das Schlafzimmer brennt und der erfrischende Gazpacho ist mit Schlaftabletten versetzt ...

15.09. Kino – WILDE

18.30 / 21 h

Kino qtopia

von Brian Gilbert GB 1997

E d/f 112'



Oscar Wilde: berühmt für den scharfgeschliffenen Witz seiner Texte, für seine intensiv und kunstvoll vertretenen Ansichten zu allen Aspekten der damaligen Gesellschaft, und für seinen tiefen, tiefen Fall, als ihn die Justiz des viktorianischen England wegen Homosexualität ins Zuchthaus schickte. Ein leinwandreifes Leben, das viele seit damals fasziniert hat - und das sich, hundert Jahre nach dem kometenhaften Absturz vom Olymp des Londoner Theaterhimmels in den Orkus der öffentlichen Verachtung, tatsächlich jemand zu verfilmen getraut hat: die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts hatten endlich die Vorurteile überwunden, die dem armen Oscar damals den Garaus gemacht hatten.

22.09. Kino – SUZHOU RIVER

19 / 21 h

Kino qtopia

von Lou Ye, CHIN/D 2000, Orig. d/f 85'



Der Suzhou ist mehr als nur ein Fluss, der durch Shanghai fliesst und den Menschen als Trans-

portweg dient. Er ist ein stummer Zeuge der menschlichen Freude und des Leids, das ihn auf dem Wasser und an seinen Ufern umgibt.

Könnte er reden, hätte er viele interessante Geschichten zu erzählen. Geschichten über die Liebe, über Freundschaft und über die Einsamkeit. Ein junger Videofilmer übernimmt diesen Part und erzählt eine Geschichte, die erfunden sein mag oder auch nicht - wahrhaftig ist sie allemal.

27.09. Kino – IL VENTO DI SETTEMBRE

9 / 22h

Kino qtopia

IL VENTO DI SETTEMBRE (SEPTEMBERWIND) / SIAMO ITALIANI

von Alexander J. Seiler CH 2002/1964

D/I d/i 105' / 79'



FORUM-TIP

Was ist aus den Italienern und Italienerinnen geworden, deren unwürdige Wohnverhältnisse, fremdenpolizeiliche Tribulationen und soziale Ausgrenzung wir im Film SIAMO ITALIANI (1964) zeigten? Zum Beispiel aus Marco Scupola, der seinen weinenden dreijährigen Sohn Luigi tröstet, aus seiner Frau Maria Assunta, die ihrem Mann die Serviette umbindet, aus der Tochter Anna, die sich, noch nicht zweijährig, bei Tisch mit der Pasta abmüht und bekleckert? Was aus Antonio und Carolina Scotti, die, ihre Kinder Elfriede und Umberto auf dem Arm, im Rummel einer Kirchweih in einer Gemeinde des «Birseck» zu sehen sind? Marco und Maria Assunta, Antonio und Carolina leben als Rentner in ihrem apulischen Heimatstädtchen Acquarica del Capo (Provinz Lecce). Luigi (40) hat sich in Basel als klassischer Gitarrist ausgebildet, erteilt dort Musikunterricht an einer Privatschule und lebt mit seiner deutschen Gefährtin Corinna und der 1999 geborenen Tochter Naomi bei Freiburg im Breisgau. Anna (38) lebt in Aesch BL mit ihrem Mann Graziano Barone, der in Basel einen Coiffeursalon mit zwei Angestellten betreibt, und den beiden Töchtern Ilenia (13) und Luana (10). Umberto (38) hingegen hat sich schon früh für eine Existenz in der Heimat entschieden; als Betriebsleiter der Firma «Italsocks» engagiert er sich auch politisch im Gemeinderat von Acquarica.

Anfang Juli 2000 reist Anna mit den Töchtern nach Acquarica, um dort die sechswöchigen Schulferien mit den Eltern zu verbringen. Gegenläufig dazu fährt Carlo Olimpio (50), der mit seiner Schweizer Frau Marlies und den Kindern schon vor siebzehn Jahren aus Weinfelden (Thurgau) nach Acquarica zurückkehrte, in die Schweiz, um dort Verwandte, aber auch alte Kollegen und frühere Meister zu besuchen.

Auch den in der Schweiz geborenen Christian Alemanno (18), der vor drei Jahren mit den Eltern nach Apulien zurückkam und dort die Berufsschule besucht, zieht es in den Ferien zurück nach Adliswil bei Zürich.

In der Schweiz geblieben ist Marco Scupolas Schwester Antonietta Cazzato: vom Ehemann verlassen, hat sie als Fabrikarbeiterin fünf Kinder alleine grossgezogen. Ihr einziger Sohn Antonio Cazzato fertigt als Apparatebau-Schlosser anspruchsvolle Arbeiten für Kunden aus Industrie und Gewerbe an; ihre jüngste Tochter Assunta Ungari ist nebenberuflich als Aerobic-Instruktorin tätig und liebt ihren Wohnort Aesch «über alles». SIAMO ITALIANI zeigte die Emigration als materielle und gesellschaftliche Diskriminierung.

SEPTEMBERWIND/IL VENTO DI SETTEMBRE erzählt Geschichten von der Migration als einer wirtschaftlich und gesellschaftlich normalisierten, aber unterschwellig labilen, ja oft prekären Existenz zwischen den Kulturen.

Qtopia zeigt beide Filme - um 19 Uhr SEPTEMBERWIND (2002) und um etwa 22 Uhr SIAMO ITALIANI (1964) - und hat den Regisseur zu einer Diskussionsrunde eingeladen.

30.9. Hermann Hesse

Die zwei Gesichter von Hermann Hesse
Eine Dia Musicana von und mit
Georg A. Weth

20 Uhr, Kirchgemeindehaus Kreuz,

2002 ist ein Hesse-Gedenkjahr: es jähren sich der 125. Geburtstag und der 40. Todestag des Dichters. Zu diesem Anlass hat Georg A. Weth eine aussergewöhnliche und attraktive Dokumentation geschaffen: die Dia Musicana «Die zwei Gesichter von Hermann Hesse». Die Veranstaltung - ein Live-Vortrag und eine Collage von einmaligen Diamotiven in Überblendtechnik, Original-Tonmitschnitten und Musik - bietet weit mehr als eine herkömmliche Multimedia-Show. Georg A. Weth ist Schauspieler und Autor von vielen Büchern, u.a. dem Bildband «Hermann Hesse in der Schweiz».

Kino? www.qtopia.ch

ERNESTO W. VOEGELI

FOTOGRAFIE

AATHALSTRASSE 85A, CH-8610 USTER

TEL. 01 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00

Inserat

ÖPFELBAUM

Bioladen Genossenschaft Zentralstrasse 18, Uster

Öffnungszeiten:

Montag	vormittag geschlossen	14.00-18.30
Di-Fr	9.00-12.30	14.00-18.30
Samstag	9.00 durchgehend bis	16.00

Inserat

Sogni e democrazia

Ho un foglio bianco davanti, posso scrivere quello che voglio, tutti possono leggere quello che scrivo!

Di Claudio Marseglia

Siamo in un paese democratico, apparteniamo alla coalizione occidentale che ha fatto della democrazia la sua scelta di vita! Poi guardando o leggendo i mass-media ti accorgi che ci sono riunioni dei potenti della terra, di industriali e politici che in qualche modo decidono dei destini di questo nostro pianeta. Allora riesci a capire del perché di certe decisioni, apparentemente incongruenti, senza logica, ridicole. Si potrebbe elencarle, ma ne verrebbe fuori un serpente senza fine!

Quello che provo è un senso di scoramento! Si possono scrivere e denunciare le più grandi truffe ai danni della popolazione mondiale senza che nessuno ti venga a dire: Claudio sei nel torto! Il perché è presto spiegato: I potenti di questa oligarchia si sono premuniti comprandosi i maggiori organi d'informazione! Tu puoi protestare, denunciare fatti eclatanti di corruzione, d'incongruenza, ma se i maggiori mass-media sono in mano al potere costituito scopri di non avere possibilità.

Fino alla caduta del Muro di Berlino i capitalisti avevano un certo timore del comunismo, ora non più; chiusure, ristrutturazioni, riduzioni dello stipendio, trasferimento delle industrie, etc.; quello che ieri era un diritto acquisito oggi diventa aleatorio, diventa tutto rapportato al grosso capitale, se non ti adegui sei un emarginato. Si parla dello scandaloso arbitraggio ai mondiali di calcio, poi salta fuori l'imbecille di turno che cerca di giustificare le ingiustizie con la scusante che il governo coreano ha investito così tanti soldi in questi mondiali che doveva essere aiutato ad andare avanti, verso le finali!

Si parla delle code di camion che intasano i passi alpini in Svizzera, eppure il sottoscritto, senza l'aiuto di pseudo-esperti aveva detto chiaramente che il trasferimento dalla strada alla ferrovia non avrebbe funzionato! Ora più che mai con la crisi della FIAT in Italia non si farà alcun intervento per trasferire le merci

dalle strade sulle rotaie! Chi se ne frega di quello che si è promesso al popolo svizzero ed italiano!



la crisi della
FIAT in Italia

Non ci vuole l'intelligenza di un genio per capire che „questa Globalizzazione“ serve ai capitalisti per fare soldi a dismisura fregandosi al contempo dei lavoratori occidentali che perdono il posto di lavoro o vengono ricattati e dei lavoratori dei paesi in via di sviluppo (che non si sviluppano mai!) che lavorano per un tozzo di pane, con poche ferie, con orari di lavoro impossibili, in condizioni inumane.

Poi scopri che i grandi della terra si riuniscono a Genova od in un altro posto; che i più ricchi industriali si ritrovano a Davos con qualche politico che serve a fare da collegamento ed allora ti rendi conto che siamo solo delle marionette! Era questa la forma di governo da contrapporre al comunismo? Chi presenterà come stanno veramente le cose in un mondo d'integrati, assimilati, etc.?

Ho nostalgia di un giornalismo d'inchiesta, di denuncia, che divulghi e spieghi le realtà locali, non siamo tutti uguali, ci sono realtà diverse che vanno spiegate e pubblicizzate! Chi ci racconterà dei bambini pakistani che lavorano nelle fabbriche di tappeti o dei minatori boliviani od ucraini con le loro spaventose condizioni di lavoro o, per restare vicino a noi, delle dure condizioni di lavoro nel Meridione d'Italia? Chi pubblicherà simili storie se i grandi mezzi d'informazione sono in mano a pochi oligarchi? Penso che questa sia la vera sfida che la nostra società deve raccogliere, altrimenti non ci si deve chiedere del perché scattino reazioni di rifiuto che in molti casi degenerano in atti inconsulti e deprecabili.

Uomo & Macchina

Probabilmente molti di voi si saranno chiesti cosa sta succedendo ultimamente con tutti i tipi di incidenti che succedono su strada e spazi aerei.

Di Italo Conte

Si sa anche che ogni macchina operatrice deve essere per forza pilotata e controllata da un operatore che è l'uomo. L'idea di usare una macchina intelligente è un sogno che accompagna il genere umano sin dall'inizio dell'universo.

Questo sogno con il passare degli anni è andato a migliorare di modo che l'interfaccia uomo macchina sia sempre più veloce e dia più evidenza ai comandi e alle segnalazioni relative alla comunicazione uomo macchina per il nostro lavoro giornaliero.

Tutto ciò però lascia tutti un po' perplessi. Gli ultimi anni mi domando dove ci porterà tutto questo! Bisogna purtroppo ammettere che tutto ciò è costato molte vite umane, che questa è l'amara realtà che dobbiamo affrontare e che dobbiamo fare i conti con questo tipo di tecnologia ogni giorno.

Inoltre in molti casi è difficile decidere a chi dare la colpa: È stato un errore dell'uomo o della macchina, questo è un dilemma molto importante su cui bisognerebbe riflettere. Io sono del parere che la tecnologia ultimamente ha fatto dei grandi progressi, e tutto ciò si può vedere di giorno in giorno, però l'uomo a che punto si trova con questo tipo di tecnologia? È pronto ad affrontare il nuovo sistema? E quanto è sicuro?

Forse dovremmo da parte dell'uomo puntare sulla sicurezza, e per quanto riguarda la macchina sulla affidabilità. Solo in questo modo il così detto fattore "Delta" tra uomo e macchina può essere ridotto facendo che non succedono errori di interfaccia e comunicazione.

Forse servirebbero delle leggi molto più severe a livello internazionale in riferimento auto e aeroplani. Credo che molti di voi saranno già volati parecchie volte, e quando arriva il momento della partenza c'è sempre una certa ansia, sicuramente ve lo sarete chiesto il perché? Quanto dovremo attendere ancora in modo che la nostra ansia non sia così grande? A chi dovremmo dare la fiducia all'uomo o alla macchina?

100 anni PS nel Cantone di Zurigo

Tre generazioni – e non è ancora tutto!

In occasione del centenario dalla costituzione del Partito Socialista nel cantone di Zurigo è stato pubblicato il libro «Flintenweiber & rote Hunde» SP-Geschichten von unten («Donne con il fucile e cani rossi» Storie del PS dal basso). Molte sezioni del cantone hanno contribuito con articoli che illustrano simpaticamente la storia degli ultimi cento anni. Per la sezione di Uster Ruedi Vetterli ha scritto l'articolo che segue.

Di Ruedi Vetterli

Traduzione: Letizia Fiorenza

Tre generazioni – e non è ancora tutto!

L'abbozzo che segue è il risultato di una trivellazione di prova negli archivi. La domanda era, come nel corso degli anni - anche nell'esperienza di tutti i giorni - si fa' politica di sinistra. Tre generazioni hanno trovato delle soluzioni differenti.

Lotta di classe e crisi

La prima di queste generazioni entra in funzione verso la fine della prima guerra mondiale con l'aggravarsi dei conflitti di classe ed il rapido incremento del movimento operaio in tutta la Svizzera. Il «Grütliverein», che a Uster aveva funzionato come partito dei lavoratori, non partecipa a questa svolta a sinistra; è così che nel 1917 viene fondato il Partito Socialista di Uster. I suoi membri sono per la maggior parte giovani

e per lo più operai specializzati. Mancano gli intellettuali e gli operai non qualificati sono nella minoranza. Per la prima volta tra i membri troviamo un ampio numero di donne. Il numero die socieci arriva a 200, ma ridiminuisce nel corso degli anni 20. Il peso politico è rilevante, alla prima elezione per il consiglio comunale (Grosser Gemeinderat) nel 1928 il PS raggiunge il 41% dei voti. Non raggiungerà però mai la maggioranza.

Ben organizzati

La seconda generazione si costituisce verso la fine della seconda guerra mondiale, anch'essa in una fase critica in cui cerca nuove mete da raggiungere. Questa fase critica determina la vita della sezione fino agli anni 70. Dominano ancora gli operai qualificati che si organizzano sindacalmente soprattutto nello SMUV. Alcuni maestri di scuola rappresentano ora i lavori intellettuali. Il primo «uomo di studio» vero e proprio viene intercettato solo durante gli anni cinquanta. È durante questo periodo che il numero dei soci supera i 200 e rimane alto. Mancano però le nuove adesioni e la sezione invecchia rapidamente. La percentuale degli elettori tra gli anni 30 e 40 arriva a oltre il 30%.

Rosso e verde

La terza ondata infine arriva negli anni 70, non da una crisi esterna, ma da una riflessione sul

boom economico e sulle sue conseguenze. Gli studenti giocano a partire da adesso un ruolo più importante. I mestieri classici, gli operai e i dipendenti, vengono svalutati. Oltre ai problemi sociali, a livello locale il trasporto e l'ecologia entrano ora al centro dell'attenzione. L'aumento del numero dei soci non corrisponde a quello della popolazione. Nel 1982 la percentuale degli elettori scende al 15%, riaumenta però di continuo e raggiunge nel 2002 il 34%.

Costanti

Nonostante la diversità di questi tre gruppi per quanto riguarda le loro esperienze e la situazione in cui vivono, durante tutto il tempo si riscontrano delle costanti degne di considerazione. «Per quanto riguarda il fumo, la direzione inoltra una mozione che divieti di fumare durante le assemblee del partito, giacché molti soci non partecipano a quest'ultime per via del fumo o reclamano durante le riunioni.» Questa citazione non risale all'anno 2002 ma al 1922.

Un'altra costante è la scarsa partecipazione alle assemblee e il rammarico espresso per questa ragione. Anche la mancanza di impegno da parte dei soci viene deplorata. «Ognuno si sente in diritto di rimproverare e di criticare il comitato di direzione, se però si ha bisogno di qualche compagno che aiuti, non si trova nessuno disposto a farlo.» (1920) Nella generazione di mezzo, a dire il vero, queste lamentele sono più rare. Le assemblee vengono frequentate di regola dalle 30 alle 50 persone, alle riunioni più importanti si arriva anche a 80.

Voglia di vivere

Non è solo la politica a riunire le compagne e i compagni. Anche un po' di svago è ben accetto. «Il compagno Koch propone di visitare in estate la centrale elettrica di Eglisau. Approvazione unanime. Per il trasporto, in treno o in macchina, la maggioranza opta per l'ultima.» (1926) Ancora non è di rigore scegliere i mezzi pubblici. Anche per il Gruppo Donne negli anni 50 la gita estiva rappresenta l'apice delle attività annuali, a che se conduce solo a Freudwil o a Greifensee. Persino la generazione del 68 crea le proprie feste, dal primo maggio alla festa del Forum fino al grandioso ballo in maschera.

Crisi

Non tutto è divertente. Lo sviluppo della sezione conosce anche crisi profonde che si manifestano



Il peso politico del PS nell'Uster industrializzata fu notevole fin dall'inizio: Manifestazione operaia a Uster durante la prima guerra mondiale.

in una serie di scissioni. Nel 1921 molti soci abbandonano il partito per aderire al partito comunista appena fondato. Nel 1944 gli operai vengono nuovamente divisi, questa volta dalla fondazione del PDA (partito dei lavoratori) e nel 1979 si stacca dal partito l'ala destra di origine sindacale. Ogni volta ne risulta un indebolimento del movimento operaio. Spesso problemi di determinazione e di auto-definizione impediscono una collaborazione anche se per il contenuto non ci sono differenze rilevanti. Queste scissioni hanno in comune che in fin dei conti sono inutili. Il PDA raggiunge alle elezioni comunali nel 1946 l'8% dei voti. IL DSP nel 1982 perfino il 10%. Ma in seguito perdono terreno.

Tendenza generale per tutto il secolo: l'individuazione

Durante la prima generazione la sinistra forma una propria subcultura, con le proprie associazioni e circoli d'istruzione, dall'associazione sportiva al club degli astinenti, dalla biblioteca alla «scuola domenicale socialdemocratica». Durante la seconda generazione si rafforza la tendenza a organizzare individualmente la propria vita e l'impiego del tempo libero. Nell'ultimo terzo del secolo il lavoro politico è solo un modo tra tanti di gestirsi la vita e il tempo libero. Il maggior grado di cultura di donne e uomini, la diminuzione delle ore lavorative e soprattutto l'aumento del reddito hanno allargato decisamente il margine d'azione individuale. Reti informali delle forze progressive continuano a esserci, ma sono meno d'obbligo e meno effettive di prima.

Agitazione

Per questo sono cambiati anche i metodi di acquisizione e di agitazione. Fino alla metà del secolo i contributi dei soci vengono raccolti da «riscotitori» a domicilio. Il contatto con i soci viene mantenuto anche se questi non partecipano alle assemblee. Anche la propaganda elettorale e le petizioni vengono fatte casa per casa. A partire dagli anni 70 invece il PS fa affidamento sul proprio giornale «Forum», che viene distribuito regolarmente a tutte le case, e al proprio sito sull'internet.

Lo standard è stato professionalizzato ma in confronto a prima la distanza verso il pubblico in questione è sostanzialmente aumentata.

L'ascesa delle donne

Una seconda tendenza del secolo scorso è l'importanza sempre maggiore delle donne. All'inizio degli anni 20 appaiono per la prima volta numerose e, a guardare i nomi, non come appendici dei fratelli e mariti. Nel 1921 Anna Baur diventa «riscotitrice» ed è così il primo funzionario femminile al di fuori del Gruppo Donne. Come oratrici però non si espongono. Il parlare viene ceduto agli uomini. Quando nel 1921 undici membri passano al PC, cinque di loro sono donne. Negli anni seguenti la forza femminile è in discesa. Nel 1926 solo 33 compagni partecipano all'assemblea generale, tra gli 85 soci si trovano solo 9 donne. Al risorgere dopo la seconda guerra mondiale le donne non giocano un ruolo attivo. Nel 1949 sono addirittura gli uomini a fondare un «Gruppo Donne»: «Ogni compagno partecipi a questa riunione con la propria moglie o fidanzata.» In queste circostanze il gruppo femminile non ha che un significato marginale. Durante le assemblee le relazioni vengono di solito tenute dagli uomini. Ancora nel 1962 le donne non osano partecipare alle elezioni interne. Ciò cambia radicalmente nella terza generazione. Negli anni 70 abbiamo la prima presidente. Dall'80 le donne assumono cariche politiche a livello comunale e nel con-



La vecchia e la nuova sinistra ancora unite durante le elezioni comunali del 1978: Un anno più tardi la vecchia ala sindacalista si staccherà.

siglio di scuola. Vengono conquistate anche le cariche tradizionalmente più importanti come consigliere municipale e cantonale e come giudice distrettuale. Molte di queste donne vengono sensibilizzate alla politica in organizzazioni prettamente femminili come l'INFRA (centro d'informazioni femminili). Nella sezione però si affermano anche senza strutture femminili separate.

La generazione 4

E la prossima generazione? È già qui e non è scarsa. Più forte che negli anni 30 del secolo scorso, consapevole di se stessa e libera da ogni dogma, porrà i propri accenti sulle tendenze e le costanze future.

IMPRESSUM FORUM

Periodico di politica, lavoro e cultura

www.forumonline.ch

Edito della Colonia Libera Italiana, Postfach, 8610 Uster 1

Edizione: 9600

Abbonamento annuale: Minimo Fr. 30.–

PC 80-13431-8 FORUM

Comitato di redazione: Claudio Marseglia, Letizia Fiorenza, Valerio Modolo,

Stampa: Ropress Zurigo

▶ **100 anni PS nel Cantone di Zurigo**
Tre generazioni – e non è ancora tutto!

Entrati in vigore il primo giugno 2002

Accordi bilaterali tra Svizzera e UE

Con il primo giugno 2002 sono entrati in vigore gli accordi bilaterali tra la Svizzera e l'Unione europea. Le prime trattative furono avviate nel 1994 dopo che il popolo svizzero aveva rifiutato in votazione popolare di entrare nello spazio economico europeo. Il 21 giugno 1999 sono stati firmati dai vari paesi e sono entrati in vigore come detto il primo giugno 2002 dopo essere stati ratificati dai governi dell'UE, da quello svizzero e accettati dal popolo svizzero in votazione popolare.

Di Valerio Modolo

Gli accordi bilaterali sono articolati su sette punti:

1. Libera circolazione delle persone
2. I trasporti aerei
3. I trasporti terrestri
4. Il settore agricolo
5. Gli ostacoli tecnici al commercio
6. Gli appalti pubblici
7. La ricerca e lo sviluppo tecnologico

Questi accordi sostituiranno gradualmente tutte le regolamentazioni che la Svizzera ha sottoscritto singolarmente con altri paesi europei e in particolare con l'Italia, situazioni particolari che tratteremo in seguito, diventeranno effettive dopo un periodo di transizione.

Ora non tratterò ogni settore singolarmente anche perché sono cose tecniche per i soli addetti ai lavori, mi limiterò soltanto alla libera circolazione delle persone, approfondendo le prestazioni previdenziali, in particolare cassa pensione e trasferimento contributi,

cioè quello che più interessa i nostri connazionali residenti in Svizzera. L'accordo sulla libera circolazione delle persone riguarda tutti i cittadini svizzeri e quelli appartenenti agli stati dell'Unione Europea. Ogni cittadino con passaporto dell'UE sarà libero di risiedere in Svizzera se lo desidera, di svolgere un'attività lavorativa, anche indipendente, alle stesse condizioni dei cittadini svizzeri, potrà cambiare dimora, posto di lavoro e impiego.

Verranno riconosciuti reciprocamente i diplomi professionali. Usufruirà di pari trattamento per l'assistenza sociale (sovvenzioni, borse di studio ecc.) e per gli sgravi fiscali. Con l'abolizione del tanto contestato statuto dello stagionale ci sarà la possibilità di riunire le famiglie, ogni persona sarà libera di decidere dove risiedere anche se non svolge nessuna attività. Le stesse agevolazioni varranno anche per i cittadini svizzeri che andranno a vivere nell'area dell'UE.

Cassa pensione

Per la cassa pensione ci sarà una proroga di 5 anni fino al primo giugno 2007. Solo allora entreranno in vigore le norme comunitarie. A partire da questa data non sarà più possibile ritirare il capitale per chi si trasferirà definitivamente all'estero, solo in casi particolari sono previste delle eccezioni. Comunque prima di prendere una decisione sarà sempre meglio informarsi. Questa proroga di 5 anni è stata concessa per dare modo alle persone di pianificare con calma eventuali trasferimenti all'estero e per evitare affrettate decisioni come successe prima della votazione popolare per l'entrata della Svizzera nello spazio economico europeo.

Trasferimento dei contributi AVS all'INPS

Secondo un decreto ministeriale firmato dal ministro per gli italiani nel mondo Tremaglia e dal ministro del lavoro Roberto Maroni, coloro che decideranno di rientrare in Italia in regime di disoccupazione involontaria, potranno trasferire «virtualmente» i contributi AVS fino al 31 dicembre 2003 e avere una pensione di anzianità se hanno maturato i requisiti. Questo decreto ministeriale ha sollevato molte proteste e una dura presa di posizione dei patronati che raccolgono le firme per protestare contro il blocco dei trasferimenti dei contributi ritenuto ingiusto e discriminatorio.

Il trasferimento virtuale significa che i contributi AVS rimarranno in Svizzera e l'INPS dovrà versare la pensione senza avere contributi AVS. Qui si comincia ad avere qualche perplessità sulla disponibilità dell'INPS. Inoltre tale decreto riguarda solo chi è in disoccupazione involontaria, discriminando tutti coloro che per libera scelta decidono di rientrare avendo i requisiti per la pensione e anche tutti quelli che sono già rientrati. Il governo Berlusconi ha inoltre ignorato la richiesta degli italiani in Svizzera, corredata da 12000 firme, consegnate il 12 febbraio 2000, che proponeva di prorogare di 5 anni il diritto di trasferire i contributi AVS all'INPS. Non c'è da farsi illusioni che questo governo ci ripensi e prenda in considerazione la nostra legittima richiesta.

Questa in breve la nuova situazione con l'entrata in vigore degli accordi bilaterali. A parte i problemi sopracitati, ci sono molte cose positive e vantaggiose di cui ancora forse non ci rendiamo conto. Ora anche noi in Svizzera ci sentiamo più vicini all'Europa. Speriamo che questo sia un buon auspicio per non sentirsi più stranieri in un paese che ci ha ospitato, ma che si è sviluppato anche grazie al nostro contributo.